

Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 3 (1962)

Heft: 51

Artikel: Lateinamerika : Aktion und Reaktion

Autor: Lahiguera, Herrero

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1076834>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 23.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Weniger erfreuliche Aspekte zeigte das Jahr in Indonesien. Seiner expansionistischen Politik in Borneo getreu und von seinem unblutigen Sieg über Holland in Weltneuguinea (Irian) ermutigt, unterstützt Sukarno Scheich Azahari und seine separatistische Bewegung von Nordborneo. Angesichts des Anspruchs sowohl Indonesiens als auch der Philippinen auf Nordborneo könnte die kürzliche Revolte von Brunei das Anzeichen einer hemmenden Entwicklung bedeuten. Es wäre unter anderem ein Erfolg geschickter kommunistischer Taktik, wenn die Gründung der Malesischen Föderation, die auf den kommenden Frühling festgesetzt wurde, verhindert werden könnte.

Indonesiens nationalistische KP

In der indonesischen Innenpolitik deuten weitere Anzeichen auf eine weitere kommunistische Stärkung hin, doch sind diese Anzeichen nicht überzubewerten. Im März erhielten die KP-Führer und Parlamentsabgeordneten Aidit und Lukman Mitspracherecht in der Regierung. Später nahm General Nasution, ein entschlossener Gegner des Kommunismus, seinen Rücktritt als Oberkommandierender der Armee, blieb aber Verteidigungsminister. Trotz alledem blieb Präsident Sukarno bei seiner These, das Gleichgewicht der Kräfte sei gewahrt geblieben. Nasution führt unterdessen seine Aufklärungskampagne über den Kommunismus durch die Armee überall in der Provinz fort. Die Politik der KP, sich so eng wie möglich an die Formulierung nationaler Interessen zu halten und ihre Unabhängigkeit innerhalb der internationalen kommunistischen Bewegung zu betonen, führte gesamthaft betrachtet nicht zu einem eindeutigen Erfolg. Immerhin könnte auch hier der Fall Brunei die Lage beeinflussen. Sowohl die indonesische Regierung als auch die kommunistische Partei widersetzen sich der Malesischen Föderation.

Wo Moskau herrscht

Im Mittleren Osten bleibt die Lenkung der kommunistischen Bewegung ausschließlich Sache Moskaus und seiner Satelliten. Eine Kräftezentration schien 1962 in Syrien stattzufinden. Die sowjetische «Investitionshilfe» schliesst Mig-Flugzeuge, Panzer und Geschütze im Wert von 500 Millionen Dollar ein. Auch der Eisenbahnbau Latakia—Jezireh wird mit sowjetischer Hilfe zu Ende geführt. Die riesige Sowjetbotschaft in Damaskus überwacht die Tätigkeit einer 200 Mann starken Militärmision und kontrolliert über 300 Techniker.

In Irak ist die sowjetische Politik zweideutig und weist etliche Anzeichen von Verlegenheit auf. Grund dafür ist der Aufstand der Kurden, die Moskau nicht zu antagonisieren wünscht. Ihr Führer, Barzani, war in Moskau geschult worden. Seine gegenwärtige Haltung besteht aus einem antiwestlich geprägten Neutralismus sowjetischer Inspiration. Um so unangenehmer ist dem Kremel seine Feindschaft zu Kassem, der weiterhin sowjetische Unterstützung geniesst und die aufständischen Kurden mit russischen Migs bombardiert. Unter diesen Umständen kann Moskaus Politik in Irak nicht anders als überaus opportunistisch sein.

In Jemen hat sich Moskau beeilt, als erste Regierung die neue Ordnung anzuerkennen — anscheinend bevor es um deren Ab-

Lateinamerika: Aktion und Reaktion

«La problemática latinoamericana» ist ein Ausdruck, der in Lateinamerika nicht nur dem Politiker, sondern auch dem Mann auf der Strasse geläufig ist. Gemeint ist damit der gesamte Fragenkomplex des Kontinents, eine Synthese aus den Komponenten einer gefährlich labilen Situation: die Komponente der sozialen Struktur mit ihrem Elend und ihrem luxuriösen Reichtum, die Komponente der durch Monokultur und Monoproduktion gezeichneten Wirtschaftsstruktur, die Komponente der Konjunktur, wo sich die sinkenden Rohstoffpreise auf den Weltmärkten spiegeln. Aber «problemática latinoamericana» meint auch die Stellungnahme zu diesen Aspekten, den Willen und die Vorbereitung zur Lösung der gegebenen Probleme. Hier findet auch der Kommunismus verschiedener Nuancen seinen Platz, sei er moskau- oder pekinghorig, sei er fidelistisch.

Beispiel Ecuador

Ein Ausschnitt aus der kolumbianischen Zeitung «El Heraldo» über die kommunistische Gefahr in Ecuador zeigt uns in repräsentativer Weise, was die kommunistischen Parteien in Lateinamerika sind, welches ihre Aktivitäten, ihre Beziehungen zum Fidelismus und ihre Aussichten auf Machtergreifung sind:

«Die KP in Ecuador besteht seit 34 Jahren. Ihre gegenwärtige Stärke verdankt sie weitgehend ihrer Infiltrationstaktik, ihren Allianzen mit andern politischen Parteien des Landes und ihrer Unterstützung durch das Ausland. Man schätzt die Zahl ihrer Mitglieder auf 30 000, ihrer Mitläufer auf 80 000 und ihrer Aktivisten auf 5000. Unter Berücksichtigung seiner Disziplin, seines doktrinären Charakters und der ausländischen Unterstützung, die es findet, ist dieses Kontingent mehr als ausreichend, um die Macht an sich zu reißen, wenn sich Gelegenheit dazu bietet... Vortrupp und Stosstrupp des Kommunismus im Lande ist die Revolutionäre Jugendunion Equadors. Sie hat ihre Anhängerschaft haupt-

hängigkeit von Kairo wusste. Chruschtschew versicherte Sallal, ein Angriff auf Jemen werde als «Aggression gegen die Sowjetunion» betrachtet.

In Saudi-Arabien und im Iran ist der Kommunismus allgegenwärtig am Werk. Revolution scheint in der Luft zu liegen. Noch immer sitzt der Schah von Persien auf seinem musealen Pfauenthron. Im Sommer wurde Ministerpräsident Amini durch Alam ersetzt, der die progressive Politik seines Vorgängers weiterzuführen erklärt.

In Dschakarta wurde anlässlich der asiatischen Spiele vom September das neue von der UdSSR gebaute Stadion Schauplatz einer Vermischung von Sport und Politik, die mit einer Explosion endete. Nationalchina und Israel waren nicht eingeladen, und die Spiele flogen in einem Krach über Beglaubigungspapiere auf. Reisende brachten Kunde von Erpressung, Bestechung und ganz gewöhnlicher Niedertracht. Es war die Atmosphäre, die einem Stadion angebracht war, das in einer neutralistischen Zitadelle für den grössten Ruhm des Materialismus gebaut wurde.

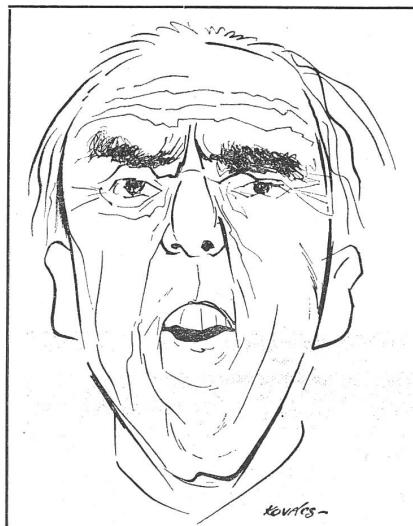
Ian S. Tickle
(Redaktor der «Swiss Press Review», SOI.)

sächlich unter den Studenten, von denen rund 200 in Brigaden organisiert sind. Sie werden auf die verschiedenen Quartiere, Betriebe und Schulen aufgeteilt. Ihre Führer haben auf Kuba eine Guerillausbildung erhalten...»

Die reichhaltige Aktivität der kommunistischen Elemente, ihre Bündnispolitik (zum Beispiel mit den Peronisten in Argentinien) und das kubanische Abenteuer haben den reaktionären Kräften Gelegenheit gegeben, zur Gewalt zu greifen, um alles mit oder ohne Grund zu bekämpfen, was von ferne einer Bewegung gegen den Kommunismus hin gleicht.

Neue Putschentwicklungen

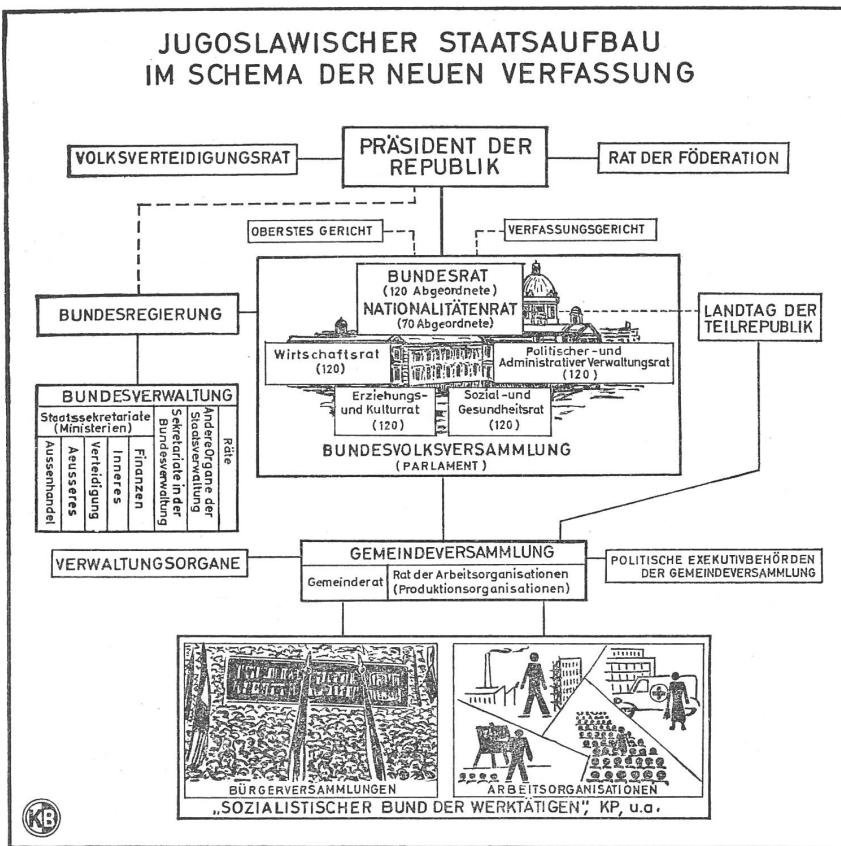
Auffällig aber ist es, dass die «Pronunciamientos» dieses Jahres — in Argentinien



Curriculum der Woche

CESAR GODOY URRUTIA

Am 6. 9. 1901 in Curico geboren, ist Urrutia zunächst in Chile als Volkschullehrer tätig. Bald schon ist der agitierende Schulmeister den Behörden lästig. Er muss 1927 das Land verlassen und geht für lange Zeit nach Argentinien. Dort wird er Generalsekretär der Internationale der amerikanischen Lehrerschaft. In der kommunistisch geprägten FISE, dem Internationalen Lehrerbund, taucht Urrutia in späteren Jahren mehrmals als Spitzenfunktionär auf. Als Stadtrat von Santiago de Chile muss er 1936 in den Süden des Landes verbannt werden, weil er sich aktiv in einen Eisenbahnstreik eingemischt, wird aber ein Jahr später ins Abgeordnetenhaus gewählt, wo er 12 Jahre tätig ist. 1941 Eintritt in die Kommunistische Partei, wo er rasch bis ins Zentralkomitee gelangt. Urrutias wichtigstes Agitationsgebiet sind die Gewerkschaften, die er ständig im kommunistischen Sinne aufwiegelt. Innerhalb Chiles bedient er sich vorwiegend seines Einflusses auf intellektuelle Kreise, besonders in der Lehrerschaft, um im Rahmen der FRAP, einer Volksfrontbewegung, die Bolschewisierung Chiles voranzutreiben.



Der jugoslawische Staat nach der neuen Verfassung

Voraussichtlich in den nächsten Tagen, vielleicht noch im alten Jahr, wird das Parlament in Belgrad die neue Staatsverfassung annehmen, mit der die «Föderative Volksrepublik Jugoslawien» in eine «Föderative Sozialistische Republik Jugoslawien» umgewandelt wird, mit der entsprechenden Umwandlung der sechs «Volksrepubliken» (Teilrepubliken) in «Sozialistische Republiken». Demokratisch ist die neue Verfassung nicht, anerkennt sie doch nur eine einzige politische Partei, den Bund der Kommunisten Jugoslawiens als «leitende Kraft der Arbeiterklasse und des werktätigen Volkes».

Die bisherige Verfassung, 1953 durch ein Gesetz revidiert, datiert aus dem Jahre 1946. Der Entwurf zum neuen Grundgesetz wurde Ende dieses Jahres veröffentlicht und zur Diskussion gestellt. Die neue Staatsordnung, die in 247 Paragraphen definiert wird, sieht Änderungen vor, die sich im Rahmen eines kommunistischen Systems halten.

Von Wichtigkeit ist die Trennung der Ämter von Amts- und Regierungschef, die zurzeit beide von Tito bekleidet werden. Die Amtszeit des Präsidenten ist auf höchstens acht Jahre beschränkt, was jedoch ausdrücklich für Marschall Tito nicht gelten soll.

Die Macht des Präsidenten und der Bundesregierung wird verstärkt. Präsidenten der Teilrepubliken wird es nicht mehr geben (nur noch Ministerpräsidenten der sechs Landesregierungen). Der Präsident ist zur gleichen Zeit Vorsitzender des Bundesrates (Teil des Parlaments) und des obersten Landesverteidigungsrates.

Eine Neuerung ist die Einführung eines Verfassungsgerichtes sowohl auf der Ebene des Bundes als auch der Teilrepubliken. Der Föderalismus, der auch in der neuen Konstitution zum Ausdruck kommt, ist etwas besser geschützt als bisher, doch bleibt die zentralistische Grundlage, die durch

den «demokratischen Zentralismus» gewährleistet wird.

Die «sozialistische» Zielsetzung wird in Paragraph 6 umrissen, wo es heißt: «Die Grundlage der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Ordnung Jugoslawiens bilden die frei vereinigte Arbeit, aufgebaut auf den Produktions- und Arbeitsmitteln im gesellschaftlichen Besitz, die Selbstverwaltung der Werktätigen in der Produktion und die Verteilung des Gesellschaftsproduktes in der Arbeitsorganisation und Gesellschaftsgemeinschaft.»

Die Mitgliedschaft privater Produzenten in den Genossenschaften wird als freiwillig definiert (§ 19), das grundsätzliche Eigentumsrecht von Bauern an Boden in beschränktem Ausmaß anerkannt, soweit es mit den «allgemeinen gesetzlich festgelegten Interessen» in Einklang steht (§ 22). Die Ausnutzung fremder Arbeitskraft zum Zwecke persönlicher Einkommensvermehrung ist untersagt (§ 24). Das Recht auf persönliches Eigentum wird durch die gesetzliche Definition der persönlichen Bedürfnisse begrenzt (§ 25).

Die Höchstarbeitszeit wird mit 48 Stunden pro Woche angegeben und kann «in den vom Gesetz vorgesehenen Fällen» auch überschritten werden. Das Ferienminimum beträgt zwei Wochen.

und Peru beispielsweise — sich in einem ganz ungewohnten Sinn entwickelt haben. Selbst unter den militaristischen Kreisen der Reaktion beginnt sich die Einsicht mehr und mehr durchzusetzen, dass die Remedur gegen kommunistische Diktatur nicht in diktatorialer Reaktion bestehen kann, sondern in konstruktiver Aktion zur Demokratie.

In Peru hat die «Junta Militar de Gobierno» nach dem Staatsstreich, der Präsident Prado stürzte, freie Wahlen auf den Juni 1963 angesetzt. Auf den gleichen Monat hat auch Präsident Guido die argentinischen Wahlen angesetzt, nachdem das Hin und Her der Unruhen und Tendenzen bei den Militärs selbst sich gelegt hatte, die zunächst nur übereingekommen waren, sich den Resultaten eines Urnenganges zu widersetzen, der einen alarmierenden Vormarsch der Peronisten anzeigen (was die Entsetzung und Verhaftung Frondizis im Gefolge hatte).

In beiden Fällen hat ein «klassischer» lateinamerikanischer Putsch nachträglich eine Entwicklung genommen, die Hoffnung auf eine demokratische Regierungsbildung zulässt.

Das Bild der Bewegung Lateinamerikas wäre jedoch unvollständig, würde es nur die kommunistische Subversion zur Machtübernahme auf der einen Seite und die Reaktion der Rechten, die ihre Privilegien gegen den Fluss der Geschichte verteidigen will, auf der andern Seite umfassen. Denn auch den zähen, am Widerstand wachsenden Versuch zum demokratischen Aufbau über den Elan einer kurzfristigen Bewegung hinaus gibt es in Lateinamerika.

Experimente der Demokratie

Da ist Kolumbien, wo die politischen Parteien nach langen sterilen Rivalitäten — dazwischen durch Diktaturen zum Schweigen gebracht — den Weg zur gemeinsamen Aufbauarbeit gefunden haben. Das Zusammenwirken der Konservativen und Liberalen hat es Präsident Lleras Camargo ermöglicht, seine Amtszeit regulär zu Ende zu führen. Im August folgte ihm Guillermo Leon Valencia auf demokratischem Weg nach den Vorschriften der Verfassung. Eine Selbstverständlichkeit ist das für Lateinamerika noch nicht, aber ein erfreuliches Anzeichen dafür, dass auch auf diesem Kontinent eine funktionierende Demokratie möglich ist.

In Venezuela hält die Bemühung um die Demokratie seit dem Sturz des Diktators Jimenez im Jahre 1958 an. Präsident Betancourt, dessen Amtszeit im kommenden Jahre abläuft, musste autoritärer als beabsichtigt regieren, um den Anschlägen gegen Verfassung und Gesetz zu begegnen, die erst von der Rechten, dann von der Linken inszeniert wurden. Der Ausnahmezustand war häufig zu proklamieren, führte aber doch nicht zu einem Regime, sondern verhinderte ein solches vielmehr. Die Extremisten beider Lager haben nicht aufgehört, die Bemühungen der gewählten Regierung um Fortschritt und soziale Gerechtigkeit zu sabotieren. Dennoch ist das Land den schweren Weg zur Alltagsdemokratie weitergekommen. Das neue Jahr wird zeigen, ob ihn auch der Nachfolger Betancourts einhalten kann.

Herrero Lahiguera

(Redaktor «Revista de la Prensa Suiza», SOI)